

Mülheim, den 2. Dez. 08

## Hilferuf an die kommunale Finanzaufsicht für Notbremse zur Haushaltskatastrophe der Stadt Mülheim

Die MBI haben in einem Brief die kommunale Finanzaufsicht bei der Bezirksregierung Düsseldorf dringlich aufgefordert, zur katastrophalen Haushaltssituation der Stadt Mülheim einzugreifen im Sinne eines Nothaushalts (s.u.). Der Mülheimer Etatentwurf 2009, der am 18. Dez. verabschiedet werden soll, ist bereits vorher vollständig Makulatur und die "Nachbesserungen" weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein! Die aktuell heute verbreitete "Erfolgsmeldung" des Kämmerers, der Nothaushalt sei abgewendet, ist Augenwischerei, einzig, um dennoch insbesondere bei den geplanten riesigen Ausgaben im Wahljahr 2009 weiter machen zu können.

**Wir halten das für nicht mehr verantwortbar!**

**Wenn aber jetzt keine Notbremse gezogen wird, wird sich unsere Stadt auf viele Jahre finanziell überhaupt nicht mehr erholen können.**

Bei allem Verständnis für die Forderung nach einer überfälligen und dringenden Korrektur der Gemeindefinanzierung und der ebenfalls überfälligen Anpassung des Solidarpakts Ost an die Realitäten, speziell für die Ruhrgebietsstädte, darf der Eigenanteil der Städte an ihrer verheerenden Finanzsituation nicht vernachlässigt werden. Und der ist in Mülheim nicht gerade unbeträchtlich. Die MBI fordern außerdem einen "**Stärkungspakt der Kommunal Finanzen**", aber zielgerichtet und mit Auflagen. Was auch Mülheim z.B. dringend bräuchte, wären garantierte Billigstkredite (z.B. 1% Zinsen) von KfW oder/und NRW-Bank zweckgebunden für Gebäudesanierung, insbesondere Schulen und als Aufträge ausschließlich an die lokalen und regionalen Handwerksbetriebe. Als Gegenleistung müsste die Stadt aber verpflichtet werden, **in eine erkennbare Haushaltssanierung** einzusteigen, d.h.

- ein klares Prioritätenprogramm für die anstehenden Krisenzeiten vorzulegen,
- grundlegende strukturelle Veränderungen in die Wege zu leiten,
- ein Maßnahmenprogramm gegen die gigantische Verschwendung und ein Frühwarnsystem für Fehlinvestitionen aufzustellen und
- uneingeschränkt die Kooperation mit den anderen Ruhrgebietsstädten zu beginnen.

**An den Regierungspräsidenten**

**Herrn Dr. Büsow**

**Cecilienallee 2**

**40408 Düsseldorf**

**nachrichtlich an das Finanzministerium NRW und  
an das Innenministerium NRW**

Mülheim, den 1. Dezember 2008

### **Katastrophale Haushaltssituation der Stadt Mülheim: Aufforderung an die Finanzaufsicht einzugreifen im Sinne eines Nothaushalts der Stadt Mülheim**

**Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Büsow,**

die Stadt Mülheim befand sich von 1998 bis vor 2 Jahren im Nothaushalt und Jahr für Jahr auch ohne genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK). Mit der Umstellung auf NKF konnte eine virtuelle, weil nicht mobilisierbare sog. „Ausgleichsrücklage“ bilanziert werden, so dass der Etat der letzten beiden Jahre bei Ihnen als der zuständigen Kommunalaufsicht nur angezeigt, aber nicht genehmigt werden musste.

Glücklicherweise waren das die Jahre von Rekorderinnahmen aufgrund der boomenden Konjunktur, insbesondere des Exports. Die überverhältnismäßigen Rekorderträge insbesondere bei der Gewerbesteuer haben auch dazu geführt, dass Mülheim aus der Liste der Städte gestrichen wurde, die Schlüsselzuweisungen des Landes erhalten.

Die Kämmerei der Stadt Mülheim erstellte im Frühjahr und Sommer den Haushaltsentwurf 2009, der nach den damaligen Annahmen erneut nicht zur Genehmigung hätte vorgelegt werden müssen, weil noch ein Rest an bilanzierter „Ausgleichsrücklage“ das angenommene Haushaltsdefizit abgedeckt hätte.

Ende Oktober musste der Kämmerer feststellen, dass bereits die bis dahin bekannt gewordenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen (fünf Millionen für die erhöhte Umlage an den Landschaftsverband, sechs Millionen Euro durch Ausfälle bei Gewerbe- und Einkommenssteuer und eine Million, weil der Bund die Wohnungskosten für Hartz IV-Empfänger weiter auf die Städte abwälzt) die verbliebene „Ausgleichsrücklage“ von 8,3 Mio. Euro deutlich überschritten. Er verhängte im Nov. eine Haushaltssperre, die aber logischerweise nur noch als Tropfen auf den heißen Stein wirken kann.

Das ganze hätte bei ernsthafter Haushaltsdisziplin – die allerdings in Mülheim seit Jahren unbekannt zu sein scheint – ohne Nothaushalt bewältigt werden können, würden die Rekorderinnahmen etwa bei Gewerbesteuern wie in den letzten 3 Jahren weiter sprudeln. Doch das exakte Gegenteil ist der Fall und inzwischen bestreitet niemand mehr, dass zumindest für 2009 eine ernsthafte Rezession auch die deutsche Realwirtschaft heimsuchen wird. Die Exportwirtschaft wird deutliche Einbrüche erleben, was eine Stadt wie Mülheim besonders treffen wird. Im Etatentwurf 2009 wird aber im Gegenteil davon ausgegangen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen bis 2012 jährlich um jeweils weitere ca. 10 Mio. Euro erhöhen würden von 150 Mio. in 2008 auf 189 Mio. Euro 2012. Diese Annahmen sind zweifelsohne reinstes „Wolkenkuckucksheim“.

Gleichzeitig haben Land, Bund und EU gigantische Hilfsprogramme für die Banken, für bedrohte Wirtschaftssektoren und als Konjunkturprogramme in die Wege geleitet.

Ohne all diese Maßnahmen bewerten zu wollen, kann sicherlich festgestellt werden, dass sich auf absehbare Zeit die Zuschüsse von Land, Bund und EU an die Kommunen verringern werden müssen.

**Zusammengefasst: Im krassen Gegensatz zu den Annahmen im Mülheimer Etatentwurf 2009 wird sich die Einnahmenseite realiter drastisch verringern, während sich die Ausgabenseite wegen steigender Arbeitslosigkeit u.ä. deutlich erhöhen wird. Dem Haushalt der Stadt Mülheim wird also die Grundlage weitgehend wegbrechen.**

**Da unsere Stadt bereits trotz der Rekorderinnahmen der letzten Jahre ein weiter wachsendes Volumen an Kassenkrediten benötigte,**

von 148 Mio. in 2004, auf 310 Mio. in 2006, 314 Mio. in 2007, unrealistisch gewordene, angenommene 395 Mio. in 2008 und für 2012 sind schwindelerregende 440 Mio. Euro selbst in dem bereits zur Makulatur gewordenen Etatentwurf eingeplant

**kann das Weitermachen mit einem absehbaren Katastrophenhaushalt nur zu einer dramatischen Explosion der Kassenkredite führen. Damit aber wird die Stadt regelrecht vor die Wand gefahren, selbst wenn die z.Zt. günstige Zinspolitik länger anhielte, was bei den gigantischen Summen neuer öffentlicher Verschuldung aber auf Dauer nicht zu erwarten sein dürfte.**

Die MBI hatten im Nov. den Antrag an Finanzausschuss und Rat der Stadt Mülheim gestellt, den Etat 2009 völlig zu überarbeiten, ein ernsthaftes HSK aufzustellen und den Etat dann erst im Feb. oder März zu verabschieden. Verwaltung und Politik wollten dem aber mehrheitlich nicht folgen aus Angst, in 2009 nicht mehr alles durchführen zu können, was man sich vorgenommen hat. Und das ist im Wahljahr 2009 derart viel, das es selbst bei weiter sprudelnden Rekorderinnahmen bereits haushaltsmäßig nicht mehr zu schultern gewesen wäre. Bei den inzwischen als höchst wahrscheinlich anzusehenden drastischen Mindereinnahmen und gleichzeitig zu erwartenden deutlich höheren Ausgaben in 2009 muss jetzt die Notbremse gezogen werden. Anderenfalls wird sich unsere Stadt auf viele Jahre finanziell überhaupt nicht mehr erholen können.

Zu den Investitionsvorhaben der Stadt Mülheim

Die städtischen Vorleistungen für das sog. „Strategieprojekt“ Ruhrbania waren in den letzten Jahren bereits riesig, weil im Vorgriff neben den enormen Verkehrsumbauten alleine in der Innenstadt verschiedene Gebäude umgebaut und langfristig neu angemietet werden mussten (techn. Rathaus, Bürgeramt, Medienhaus), damit Rathausteile und Bücherei für Ruhrbania abgerissen werden können. Für 2009 sind weitere große städtische Vorleistungen geplant: Abriss Rathausneubau, Abriss Bücherei, Beseitigung der Ruhrstraße (noch Landesstraße), Beseitigung der beiden Overfließ am Ende der Konrad-Adenauer-Brücke, Bau des Hafenbeckens, Kauf der Grundstücke von AOK und ehemaligem Arbeitsamt, Verlagerung der AOK und des Gesundheitshauses in andere Gebäude, Abriss

des Gesundheitshauses, Sanierung des historischen Rathauses und Anmietung von diversen weiteren Gebäuden für die städtischen Mitarbeiter u.a. im heutigen ex-Arbeitsamt und übergangsmäßig für diejenigen aus dem Rathaus, die nach der Sanierung wieder dorthin zurückkehren. Bereits diese für 2009 im direkten Zusammenhang mit Ruhrbania vorgesehenen Maßnahmen haben ein Investitionsvolumen von schätzungsweise mind. 70 Mio. Euro. Nur ein Bruchteil wird über Grundstücksverkäufe und Landeszuschüsse zurückfließen. Der Großteil wird den städtischen Haushalt noch über viele Jahre stark belasten. Da spielt es auch keine Rolle, dass große Teile der Investitionen im Kernhaushalt nicht mehr aufgeführt werden, weil sie entweder über die Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft GmbH&Co.KG abgewickelt werden oder wie beim Rathaus über die mehrheitlich städtische Wohnungsbau-GmbH SWB. Neben diesen enormen Ruhrbania-Vorleistungen sollen 2009 weitere große Maßnahmen begonnen werden wie der Feuerwehrneubau, Schulsanierung von 3 großen Schulen im PPP-Paket u.v.m.. Die Nettoneuverschuldung der Stadt Mülheim unter Einbeziehung aller Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen wird aber im Etatentwurf für 2009 mit Null Euro angegeben. Auf scheinbar wundersame Weise sollen „gesamtstädtisch“ in 2009 insgesamt nur Kredite von ca. 18 Mio. Euro aufgenommen werden müssen, die bequem über Beiträge, Zuschüsse etc. getilgt werden können. Nur: Alleine die Rathaussanierung soll bereits 35 Mio. kosten, das Hafenbecken mind. 3,6 Mio., die Beseitigung der Overflies an der Nordbrücke 16 Mio., die Sanierung der 3 PPP-Schulen alleine mind. 40 Mio., die Feuerwehr in Broich über 30 Mio. und dann noch weitere Mio. für die Gleisreparatur der 901, weil die Zuschussbeantragung verschlafen wurde, die neuen OGS-Gruppen, der Abriss des Rathausneubaus, der Bücherei, der Ruhrstraße, die Zerstörung des Gartendenkmals, das finanziell abenteuerliche Stadion-Karussellmodell für den VfB Speldorf, der Umbau der alten Augenheilanstalt uswuf., was alles in 2009 zumindest noch begonnen werden soll!

**Sie werden uns sicher Recht geben, dass dieses mehr als ehrgeizige Programm die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt auch ohne Rezession überfordern würde. Wir wissen, dass auch Sie darauf bestehen, dass die in langfristigen PPP-Verträgen mit privaten Firmen oder ausgegliederten städtischen Beteiligungs-GmbHs verschleierte Investitionen in Zukunft dem Investitionsvolumen angerechnet werden müssen. Das aber bedeutet, dass in den kommenden Jahren in unserer Stadt überhaupt nichts mehr gehen würde, weil spätestens in 2 Jahren der Sockel dieser unabänderbaren Festausgaben für die heute verschleierte Investitionen den dann noch möglichen Kreditrahmen auf viele Jahre hin fast gänzlich übersteigen würde.**

**Weil jetzt auch noch ein Einbruch der Einnahmen in 2009 hinzukommen wird mit gleichzeitig erhöhten Ausgaben, ist das gesamte vorliegende Haushaltskonstrukt nicht nur Makulatur, es bietet gleichzeitig die Möglichkeit, mit völlig irrationalen Annahmen Ihre Kontrolle zu umgehen und damit wider besseren Wissens unsere Stadt zukünftig nahezu handlungsunfähig werden zu lassen, weil man jetzt unbedingt noch alles umsetzen will.**

**Bei diesem offensichtlichen „nach uns die Sintflut“-Syndrom müssen Sie als kommunale Finanzaufsicht u.E. unverzüglich einschreiten. Zumindest bei dem hausgemachten Teil der absehbaren Mülheimer Haushaltskatastrophe ist eine Neuaufstellung des Etatentwurfs für 2009 mit geänderter Prioritätensetzung und Haushaltssicherungskonzept dringlich. Mit Nachtragshaushalten wird nichts mehr in den Griff zu bekommen sein, wenn alle geplanten Investitionen und Maßnahmen bereits begonnen wurden, Haushaltssicherungsmaßnahmen aber ausblieben.**

**Sie haben als Kommunalaufsicht Nachbarstädten wie Oberhausen, Duisburg oder Essen rigorose Sparmaßnahmen verordnet. Sie können bei Mülheim keine Ausnahme machen. Bei allem Verständnis für die Forderung nach einer überfälligen und dringenden Korrektur der Reform der Gemeindefinanzierung und der ebenfalls überfälligen Anpassung des Solidarpakts Ost an die Realitäten speziell für die Ruhrgebietsstädte darf der Eigenanteil der Städte an ihrer verheerenden Finanzsituation nicht vernachlässigt werden. Und der ist in Mülheim nicht gerade unbeträchtlich.**

**Wir hoffen auf schnellstmögliche Bearbeitung unseres Anliegens, damit bis zur Ratsitzung am 18. Dezember, in der der Etat 2009 verabschiedet werden soll, eine Stellungnahme Ihrerseits vorliegt.**

**Mit freundlichen Grüßen und in tiefer Sorge um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt**

**i. A. der MBI: Hans-Georg Hötger, Vorsitzender L. Reinhard, Fraktionsvorsitzender**